

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Drag 11., Refazants 15 • Telefon: 26703, 31409 • (Nachredaktion): 26707 • Postkonto: 37948

11. Jahrgang.

Mittwoch, 21. Oktober 1931

Nr. 245.

Sanierung der Bauern durch Abbau der Sozialpolitik.

Ein verunglückter Vorstoß der Landbündler im Senat.

Prag, 20. Oktober. Der Senat ging heute nach Erledigung der zweiten Lesungen der Vorlagen aus der letzten Sitzung in die Kustodie über die Regierungserklärung ein, wobei es wiederholt zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Lagern kam.

Der ungarische Christlichsozialer Grossschmid kündigte wegen der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung der ungarischen Minderheit der Regierung den schärfsten Kampf an.

Lufsch (B. d. L.) bringt die nicht mehr ganz neuen Phrasen von der Notwendigkeit vermehrten Sparsens und der Erhaltung eines starken Bauernstandes, gemischt mit allerhand Vorschlägen über „Ersparungen in der Personalregie“ und natürlich vor allem durch „Abbau der Leistungen für die sozialen Lasten“, wobei er auch mit falschen Getreidepreisen herumspinnelt, wenn ihm bessere Argumente gegen die Sozialversicherung gerade nicht einfallen wollen. Geradezu aufs Glattste begab sich Lufsch aber mit seiner Entzündung über die „Spekulationen mit der Getreideeinfuhr“, da doch allgemein bekannt ist, daß auf diesem Gebiete gerade die agrarischen Institutionen direkt eine Monopolstellung einnehmen. Bekräftigt wurde diese Rede durch eine scharfe Philippika gegen den Lurus in den Städten und die angeblich luxuriösen Bauten unserer Sozialversicherungsanstalten.

Dem landbündlerischen Sprecher trat sofort Genosse Dr. Heller

in einer brillanten Rede entgegen, wobei er namentlich die völlig unhaltbaren Einwände gegen die sozialen Einrichtungen, die sich die Arbeiterschaft in schweren Ringen erkämpft hat, entsprechend anprangerte.

Während Lufsch den Vorwurf, mit falschen Ziffern operiert zu haben, ohne große Gegenwehr einstecken mußte, fühlte sich sein Mitkollege Eißler bemüht, durch fortgesetzte aggressive Zwischenrufe über die Schwäche der landbündlerischen Argumente hinwegzutäuschen. Genosse Dr. Heller fertigte aber, unterstützt von einigen Genossen, den Zwischenrufer in der schlagfertigsten Weise ab, bis dieser schließlich brummend verstummte.

Im zweiten Teil seiner ausgezeichneten Ausführungen entwickelte Genosse Dr. Heller dann das bekannte Rotprogramm unserer Partei. Hier wendete namentlich die Erwähnung der bloßen Möglichkeit der Ausdehnung der 40-Stundenwoche auf die Landwirtschaft neue Entrüstung bei den Landbündlern.

Am Gegenfuß zu Lufsch legte unser Redner das Hauptgewicht jedes Sparprogramms auf die gründliche Reform der öffentlichen Verwaltung und auf den Abbau des Militarismus. In entscheidender Weise wandte er sich weiters gegen die von Lufsch propagierte „Ausfuhrbeschränkung“, die unteren Export infolge der sicher zu erwartenden Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder nur vollends ruinieren müßte. Wir werden einen ausführlicheren Auszug aus der Rede des Genossen Dr. Heller, der n. a. auch für die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes in entscheidender Weise eintrat, noch morgen nachtragen.

Die Debatte, die morgen früh weitergeht, soll dann in den Abendstunden zu einem Abschluß gebracht werden.

Schober vor der Demission?

Das Hindernis für die französische Anleihe.

Wien, 20. Oktober. Die christlichsozialen Blätter richteten heute gegen den Vizekanzler und Außenminister Dr. Schober heftige Angriffe und verlangten oder kündigten dessen baldige Demission an. Auch das „Weltblatt“ schließt sich dieser Kampagne an unter Hinweis darauf, daß Dr. Curtius aus dem mährischen Rollunionsprojekt bereits die Konsequenzen gezogen habe und daß Dr. Ruzh, der in Paris über eine österreichische Anleihe verhandelt, dort noch eine große Verhinderung gegen Schober reichlich vorfindet, die nicht schwinden wird. Solange Dr. Schober an der Spitze des österreichischen Kabinetts stehen wird, die „Wiener Allgemeine Zeitung“ teilt mit, daß im Falle der Demission Dr. Schobers Finanzminister Doktor Buresch die Leitung des Außenministeriums übernehmen wird.

Gesetzesvorlage über die vierzigstündige Arbeitswoche

vom Ministerium für soziale Fürsorge fertiggestellt.

Die Rationalisierung in der industriellen Produktion sowie die Ueberproduktion einerseits, die Wirtschaftskrise andererseits, die sich in der Unterbindung des Exportes, in der Einschränkung und Einstellung von industriellen Unternehmungen und in der Massenarbeitslosigkeit der Arbeiterschaft auswirkt, haben die wirtschaftlichen Grundlagen der Industriestaaten aufs schwerste erschüttert und ganz besonders die arbeitenden Schichten der Bevölkerung in ihren Vorräten gezogen. Die Arbeitslosigkeit, die das ernsteste Problem der Gegenwart ist, hat nicht bloß vorübergehenden Charakter, sondern entwickelt sich mit Rücksicht auf den strukturellen Charakter der Krise mit jedem Tage immer mehr zum Dauerzustand. Denn die neuen technischen Einrichtungen und vor allem die Erzeugung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschinen, die die Erzeugung um ein Vielfaches gesteigert haben, ohne daß dies dem gesteigerten Konsum der Bevölkerung entsprechen würde, haben zwangsläufig zur Entlassung zehntausender Arbeitskräfte aus der Arbeit geführt und die Betriebsführung auf eine bestimmte Anzahl von Tagen in der Woche eingeschränkt oder vielfach ganz eingestellt.

Das Ministerium für soziale Fürsorge ist nach reiflicher Erwägung zu der Ueberzeugung gelangt, daß vor allem anderen die Herabsetzung der gesetzlichen Arbeitszeit einen Ausweg aus dieser schweren Lage zu schaffen vermag, da nur so die Rückkehr einer größeren Zahl von Arbeitern in den Produktionsprozess ermöglicht werden kann.

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat das Problem der Arbeitszeitverkürzung gründlich studiert und sich hierbei von den Erfahrungen in anderen Staaten leiten lassen, wie z. B. den Vereinigten Staaten von Nordamerika, England, Belgien, Deutschland und Frankreich, wo große Industriebetriebe bereits vor langer Zeit die vierzigstündige Arbeitswoche eingeführt haben und wo diese Arbeitszeit-Regelung — wie insbesondere in Deutschland und Polen — auch schon gesetzlich vorgekehrt wurde. Darum hat es einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, durch den das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit in

folgenden Richtungen geändert und ergänzt wird:

In den Betrieben, auf die sich das bisherige Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit bezieht, beträgt die Arbeitszeit nicht mehr als acht Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich. In den Bergbaubetrieben darf die Arbeitszeit nicht länger als 7 1/2 Stunden täglich und 37 1/2 Stunden wöchentlich dauern. Diese Vorschriften gilt auch für land- und forstwirtschaftliche Betriebe, soweit der Minister für soziale Fürsorge im Einvernehmen mit dem Landwirtschaftsminister nichts anderes bestimmt. Die ununterbrochene wöchentliche Arbeitspause soll 36 Stunden betragen, die ununterbrochene Arbeitsruhe zwischen den einzelnen Schichten in kontinuierlich arbeitenden Betrieben 24 Stunden. Ausnahmen von diesen Bestimmungen bewilligt der Minister für soziale Fürsorge im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern. Jugendliche Arbeiter dürfen zu leichteren Arbeiten und zur Nachtarbeit nur verwendet werden, wenn sie das 18. Lebensjahr überschritten haben. Entsprechend der Neuregelung der Arbeitszeit sind die Vorschriften über die Arbeitspausen und die Ueberstundenarbeit abgeändert.

Das Ministerium, das die baldige Verhandlung seiner Vorlage gewärtigt, erhofft aber auch, daß die Verkürzung der Arbeitszeit, wie dies bereits in einzelnen inländischen Betrieben geschehen ist, schon in der nächsten Zeit noch vor der Verabschiedung des Gesetzesentwurfes faktisch realisiert wird und daß dies im Wege von Ueberereinkommen geschehen wird, wie sie in der letzten Zeit in zahlreichen Branchen der Nachbarstaaten bereits verwirklicht wurden.

Durch all diese Vorkehrungen wird nach der Ueberzeugung des Ministeriums für soziale Fürsorge eine Milderung der Arbeitslosigkeit erzielt und so die Wiedererwerbverleihung vieler zehntausender von arbeitslosen Arbeitern in den Produktionsprozess ermöglicht werden.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Frankreich.

Niederlage der Reaktion, Rückgang der Kommunisten.

Der Pariser „Populaire“ meldet in seiner Montagsnummer einen großen Sieg des Sozialismus, eine sehr deutliche Niederlage der Reaktion und einen bedeutenden Rückgang der Kommunisten bei den am Sonntag stattgehabten Kantonalwahlen. Die Ergebnisse, die am Sonntag abends aus Kreisen und Bezirken vorlagen, waren nur unvollständig und außerdem finden ja die Wahlen dort, wo sie am Sonntag ein Unentschieden brachten, ihre Fortsetzung und ihre völlige Austragung erst am kommenden Sonntag. Dennoch gaben schon am Ende des ersten Wahltages die vorliegenden Resultate ein so klares Bild, daß Genosse Compère-Morel seinen Artikel über die Wahl mit dem Titel überschreiben durfte: „Ein glänzender Erfolg!“ Die französische Bruderpartei hat nicht nur einen bedeutenden Zuwachs an Mandaten, sondern auch einen noch größeren Zuwachs an Stim-

men erhalten. Noch niemals, schreibt Compère-Morel, hat die Partei bei den Wahlen in die Kreise genützt und in die Conseil d'arrondissement auf die Namen ihrer Kandidaten eine ähnliche Stimmenzahl vereinigt.

Vermutlich in der Freude der französischen Genossen über diesen Wahlsieg — der natürlich freudig auch für die ganze Internationale ist — ist die Niederlage des ersten Parteiführers Genossen Léon Blum, der in seinem Bezirk mit einem Abstand von ganz wenigen Stimmen dem radikalen Kandidaten als Repräsentanten des gesamten reaktionären Blocks unterlegen ist.

Dieser betrüblichen lokalen Einzelercheinung steht aber das herrliche Gesamtergebnis gegenüber, das eine Hoffnung für die nächsten jährigen Parlamentswahlen in Frankreich und damit eine Hoffnung für das Weltproletariat bedeutet.

2. Joghliche Feindseligkeiten gegen Japan, welcher Art immer, einschließlich der Boykottbewegung, werden unterdrückt, und zwar dauernd.

3. Raffen Garantien für Leben und Eigentum der Japaner in China gegeben werden.

4. Japan muß ratenweise der Ausfuhr für die mit japanischem Geld gebauten Eisenbahnen vergütet und es müssen die bisherigen über den Eisenbahnbau in der Mandschurei bestehenden Verträge anerkannt werden.

5. Raffen alle bisherigen Vertragsrechte der Japaner auf Anlauf in der Mandschurei anerkannt werden.

Japans Bedingungen für die Räumung der Mandschurei.

Tokio, 20. Oktober (Reuter). Dem französischen Außenminister Briand, dem Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond und dem amerikanischen Staatssekretär Stimson wurden fünf Hauptpunkte bekanntgegeben, deren prinzipielle Anerkennung durch China Japan verlangt, ehe es seine Militärabteilungen aus der Mandschurei abzurufen wird. Diese fünf Punkte betreffen, wie aus informierten Kreisen mitgeteilt wird:

1. Japan und China schließen einen Nichtangriffspakt ab, in dem sie sich gegenseitig die Integrität ihres Gebietes garantieren.

Anpassung an den Fortschritt der Technik.

Welches Schicksal bereit auch immer der

von Fürsorgeminister ausgearbeiteten Novelle zum Achtstundentagegesetz vom Jahre 1918, durch welche die wöchentliche Arbeitszeit mit 40 Stunden maximalisiert werden soll, im interministeriellen Verfahren und eventuell bei der parlamentarischen Verhandlung beschieden sein wird, sicher ist, daß sie im höchsten Maße zeitgemäß ist und nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden wird. Denn sie entspricht nicht nur den Interessen und Forderungen der Arbeiterschaft, sie wird auch, wenn gleich manche Unternehmer dies heute noch nicht einsehen wollen, ein Gebot der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems sein, wenn es sich für eine Zeitlang noch über Wasser erhalten will. Für die unaufhaltbar sich durchdringende Erkenntnis von der Unerläßlichkeit der Verkürzung der Arbeitszeit auf ein dem heutigen Stande der Technik entsprechendes Maß ist bezeichnend, daß selbst ein Blatt der Großbourgeoisie, wie es die „Neue freie Presse“ ist, vor einigen Tagen einen Artikel veröffentlichte, in dem gegen die Behauptung polemisiert wird, die Industrie könnte eine Herabsetzung der Arbeitszeit nicht ertragen. Auch in vergangenen Zeiten, so führt der durchaus bürgerlich eingestellte Artikel-schreiber aus, habe es noch jedesmal zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern einen Kampf um die Verminderung der Arbeitszeit gegeben. Von zwölf Stunden wurde die Arbeitszeit auf elf, auf zehn, auf neun und auf acht Stunden ermäßigt, immer gegen den hartnäckigen Widerstand der Arbeitgeber, welche behaupteten, daß diese Verminderung den Ruin der Industrie herbeiführen werde. „Und was ist geschehen? Trotz fortgesetzter erhöhter Güterproduktion hat die jeweils vorhandene Zahl der Arbeiter immer genügt, um die Bedürfnisse der Menschen zu decken, die durch die rasch fortschreitende Kultur neu entstanden waren. Dieser Entwicklungsprozess hat nun plötzlich durch Einführung des laufenden Bandes und raffinierter vervollkommener Arbeitsmaschinen eine forcierte Form angenommen.“

In der Tat könnten noch nach dem Kriege, als der Achtstundentag eingeführt wurde, viele Stimmen auf, welche die Verkürzung der Arbeitszeit als schädlich und untragbar erklärten. Alle diese Stimmen haben an das Entscheidende im Wirtschaftsgebiete verfallen: an die Technik. Während in den verschiedenen Ländern, auch bei uns, die Sozialreaktionäre sich vorbereiteten, bei geeigneter Gelegenheit gegen den Achtstundentag Sturm zu laufen und eifrig dabei waren, ihn zu unterminieren, wuchsen in der Technik und in der Wirtschaft Kräfte heran, die eine völlig geänderte Situation schufen. Die Arbeitsmaschine trat ihren Siegeszug an und das Prinzip der Mechanisierung wurde nach allen Möglichkeiten ausgenützt. Man kam zu neuen Arbeitsmethoden, zur Bekämpfung von Leerlauf, die Arbeitsleistung pro Kopf wurde verdoppelt und vervielfacht, der Ausfall durch die Einführung des Achtstundentages mehr als ausgeglichen. Es zeigte sich, daß der Achtstundentag bereits ein Kind der Vorkriegstechnik war, und in dem Maße, wie man die Rationalisierung und die Steigerung der Arbeitsleistung betrieb, mußte eines guten Tages die Forderung nach einer Arbeitszeit aufstehen, die weniger betrug als 48 Stunden pro Woche. Wenn nun die sozialistischen Fraktionen im Parlamente Initiativanträge auf Einführung der Vierzigstundentage einbringen und wenn der sozialdemokratische Fürsorgeminister dieser Forderung durch Ausarbeitung eines eigenen Gesetzesentwurfes entgegenzukommen sucht, so bedeutet dies, daß die logische Folgerung aus der technischen Situation gezogen wird, denn sicher ist, daß eine Arbeitskapazität heute vorhanden ist, die bei

